

Aktionsbündnis „Menschen auf der Flucht aus Griechenland aufnehmen!“

c/o Jeremias Brunner

E-Mail: griechenland@save-me-mainz.de

Website: <http://welcome-mainz.de/griechenland/>
Mainz, den 28.06.2017



Unterschriftenübergabe am 26.06.2017, 17 Uhr, vor dem Mainzer Rathaus (von links mittig nach rechts). Mit grün-weißen T-Shirt, Jeremias Brunner, Dagmar Seitz-Klippel (Aktionsbündnis), Cornelia Willius-Senzer, FDP, Dr. Claudius Moseler, ÖDP, Ruth Jaensch, Grüne, Jasper Proske, Linke und Unterstützer-innen unseres Bündnisses. Termine mit der CDU und SPD stehen noch an.

Menschen auf der Flucht aus Griechenland aufnehmen.

Übergabe von 2.084 Unterschriften an die Mainzer Stadtratsfraktionen

Seit dem Start der Aktion beim Interkulturellen Fest in Mainz am 11.09.2016 hat das Aktionsbündnis „Menschen auf der Flucht aus Griechenland aufnehmen“ 2.048 Unterschriften im Internet, an Ständen in der Stadt und bei Veranstaltungen gesammelt. Diese haben wir den Mainzer Stadtratsfraktionen Grüne, FDP, ÖDP und Linke mit der Bitte um Ihre Unterstützung und Beschlussfassung im Mainzer Stadtrat am Montag, den 26. Juni, um 17 Uhr vor dem Rathauseingang übergeben. Termine mit CDU und SPD stehen an: Im Aufruf zur Unterschriftenaktion heißt es:

Die Stadt Mainz soll die Solidarität und Aufnahmebereitschaft der Mainzer*innen aufgreifen. Wir bitten den Mainzer Stadtrat den Beschluss zu fassen, Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Die Stadt Mainz soll sich bei Bund und Land für eine sichere Einreise der Flüchtlinge einsetzen.

Im Einzelnen: Das Aktionsbündnis bittet die Mainzer Stadtratsfraktionen...

- einen Beschluss zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland im Sinne unseres Aufrufs zu fassen .
- sich für eine zügige Umsetzung des EU-Relocation-Programms und einen zügigen Familiennachzug aus Griechenland einzusetzen.
- sich gegen Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei im Rahmen des EU-Türkei-Deals zu wenden.
- ein humanitäres Aufnahmeprogramm des Landes Rheinland-Pfalz zu fordern.

Der Mainzer Stadtrat soll die Stadtverwaltung mit Herrn Oberbürgermeister Ebling beauftragen dazu alle politischen und verwaltungsmäßigen Schritte einzuleiten.

Aktionsbündnis „Menschen auf der Flucht aus Griechenland aufnehmen!“

Aktuelle Punkte zur Situation in Griechenland und unsere Einschätzungen:

Die Europäische Union schottet ihre Außengrenzen immer weiter gegen Flüchtlinge ab. Seit der Schließung der Balkanroute und dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals ist Griechenland Endstation für viele Schutzsuchende. Tausende Flüchtlinge sitzen seit mehr als einem Jahr auf den griechischen Inseln und dem Festland unter menschenunwürdigen Bedingungen fest.

Eine Chance auf eine legale Weiterreise gibt es so gut wie nicht. Ausnahmen, wie für das Relocation-Programm und den Familiennachzug, werden durch die Politik der EU-Staaten, einschließlich der Bundesregierung, verhindert oder minimiert:

- **Familienzusammenführung aus Griechenland wird ausgebremst:** Griechische Medien berichten im Juni 2017, dass Berlin und Athen den Familiennachzug drosseln (siehe der Bericht im Deutschlandfunk vom 14.06.2017). Nur noch 70 Flüchtlinge im Monat sollen im Rahmen des Dublin-Verfahrens ausreisen. Das wird seitens der Bundesregierung nicht offiziell bestätigt, jedoch sprechen die Zahlen für sich: „Nach Angaben der griechischen Asylbehörde wurden jedenfalls im März über 500 Flüchtlinge im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland geschickt. Im April fiel die Zahl drastisch auf 74 und im Mai auf genau 70.“ Rund 2.500 Familienangehörige warten in Griechenland auf eine Ausreise, tausende Anträge werden noch bearbeitet.
- **Das Relocation-Programm für die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien wird nicht fristgerecht umgesetzt:** In der EU-Vereinbarung vom September 2015 hatte Deutschland zugesagt 27.400 Personen bis September 2017 aufzunehmen. Mit Stand 14. Juni 2017 wurden aus Italien nur 2.715 und Griechenland nur 2.943 Flüchtlinge aufgenommen. Die Aufnahme von fast 22.000 Personen in Deutschland bis September 2017 steht noch aus. EU-weit sollten bis September 2017 160.000 Menschen in andere Mitgliedsländer verteilt werden. Bisher sind nur rd. 21.000 Menschen verteilt worden.¹
- **Das vorgenannte Relocation-Programm wird verrechnet und eingedampft:** Im September 2016 machte die EU es den Mitgliedsstaaten möglich, ihre Verpflichtungen im Rahmen von 54.000 Plätzen der 160.000 Relocationplätze über Resettlement aus der Türkei zum Beispiel über den EU-Türkei-Deal und andere Programme zu erfüllen. So hat der Bund seit dem 11. Januar 2017 153 syrische Flüchtlinge aus der Türkei über ein neues Humanitäres Programm aufgenommen. Diese 153 Flüchtlinge werden jetzt auf das Relocation-Programm, das eigentlich für gestrandete Flüchtlinge in Griechenland und Italien gedacht ist, angerechnet. Hier handelt es sich um Zahlenschieberei und nicht um eine Problemlösung!
- **Resettlement - „nicht mal ne Katzenklappe“:** Außerdem werden 2016 und 2017 jeweils nur rund 800 Menschen über das Resettlementprogramm in Deutschland aufgenommen werden. Laut der aktuellen Aufnahmeanordnung vom 4. April 2016 werden Flüchtlinge ausgewählt, die sich derzeit in den Ländern Türkei, Libanon, Ägypten und Sudan aufhalten.

Trotz der Politik der Ausgrenzung und Abschottung und des gesellschaftlichen Lagerdenkens, der zivilgesellschaftlichen Schwäche und des Versagens der Europäischen Union eine humane Aufnahme von Geflüchteten in Europa zu organisieren, setzt sich unser Mainzer Aktionsbündnis „Menschen auf der Flucht aus Griechenland aufnehmen“ mit den anderen kommunalen Initiativen in Darmstadt, Marburg, Osnabrück, Potsdam, Hamburg und Münster weiterhin für eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland durch die Kommunen und für eine solidarische Asylpolitik ein.

¹Quelle: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf